

(Abg. Sindermann.)

(A) vollends angesichts der Tatsache, daß gerade im verfloffenen Reichstage alle sächsischen Abgeordneten, auch die Konservativen und Nationalliberalen, die Erbschaftssteuer gefordert haben. Es wäre ja geradezu eine Provokation aller sächsischen Parteien, wenn sich die sächsische Regierung auf den gegenteiligen Standpunkt stellt.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Günther.

Abg. **Günther:** Der Herr Kollege Sindermann war der Meinung, als ob der Herr Finanzminister v. Seydewitz die Auffassung des Herrn Kollegen Merkel als nicht richtig bezeichnet hätte. Ich glaube den Ausführungen des Herrn Finanzministers aufmerksam gefolgt zu sein. Das kann man aus seinen Worten nicht heraus hören. Der Herr Minister hat nur gesagt, daß er sich gegen eine bestimmte Art gewendet habe. Ich vermute, daß es heißen soll, in Verbindung mit den Wünschen des Zentrums habe man sich auf den Standpunkt gestellt, sie abzulehnen.

(Heiterkeit rechts.)

(B) Anders, meine Herren, ist doch die Sache nicht zu verstehen, denn der Wechsel, der Umschwung in den Anschauungen der Königl. Staatsregierung muß doch auffallen. Wenn man eine Vorlage mit so großer Lebhaftigkeit vertreten hat wie im letzten Reichstage der frühere Herr Finanzminister Dr. v. Rüger, der sich mit großer Erregung damals in der Finanzkommission gegen den Gedanken wandte, als könnte man eine Finanzreform ohne eine Erbanfallsteuer verabschieden, und der sich später im Plenum mit anderen Herren aus dem Bundesrate gegen die rechte Seite des Reichstages wandte und darauf hinwies, daß es wohl ohne Erbanfallsteuer ganz ausgeschlossen sei, daß man zu einer Finanzreform kommen werde, wenn, sage ich, die Königl. Staatsregierung in aller Öffentlichkeit sich so festgelegt hat, dann, meine Herren, kann natürlich die heutige Erklärung seines Herrn Nachfolgers sicher großen Staub aufwirbeln. Die Erklärung, die heute abgegeben worden ist, beweist für mich — und auch für meine Freunde, wie ich mit Recht vermute —, daß in der Auffassung dieser Frage innerhalb der Königl. Staatsregierung eine Wandlung eingetreten ist. Wir bedauern das lebhaft, weil dadurch sehr leicht im Lande draußen die Meinung erweckt werden könnte, als wäre die Königl. Staatsregierung von dem Bestreben geleitet, in ein gewisses parteipolitisches Fahrwasser des Reichstages zu geraten.

II. R. (2. Abonnement.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Finanzminister.

Staatsminister v. **Seydewitz:** Meine sehr geehrten Herren! Ich habe mich vielleicht nicht deutlich genug ausgesprochen, sonst wäre das Mißverständnis des Herrn Abg. Günther nicht erklärlich. Ich möchte aber noch einmal wiederholen: ich habe nur erklärt, daß die Zeitungsnachricht, wonach Sachsen sich gegen die Erbschaftssteuer ausgesprochen habe, nicht richtig sei. Ich habe weiter betont und will das jetzt auch wiederholen, daß die Regierung ganz in demselben Sinne wie im Jahre 1909 für die Ausdehnung der Erbanfallsteuer auf Kinder und Ehegatten eingetreten ist, und zwar in der Hauptsache in derselben Form, wie sie damals vorgelegt war, allerdings mit einigen wesentlichen Verbesserungen, die ich hier nicht näher ausführen kann. Ich habe mich nur dagegen gewandt, daß jetzt eine andere Art der Steuererhebung vorgeschlagen wurde, die der Regierung aus staatsrechtlichen Gründen nicht angängig erschien.

Es ist also durchaus keine Wandlung innerhalb der Regierung eingetreten, im Gegenteil, wir haben uns bei den Verhandlungen grundsätzlich ganz auf denselben Standpunkt gestellt, den wir im Jahre 1909 eingenommen haben.

(Bravo!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Langhammer.

Abg. **Langhammer:** Meine Herren! Ich hatte den Herrn Finanzminister v. Seydewitz genau so verstanden, wie er es jetzt nochmals ausgeführt hat. Ich muß allerdings zugeben, daß die Ausführungen des Ministeriums sehr schwer verständlich waren und etwas vorsichtig vorgebracht worden sind. Im übrigen möchte ich aber zum Ausdruck bringen, daß die Anfrage, die der Herr Abg. Merkel an das Königl. Ministerium gerichtet hat, im gegenwärtigen Augenblicke mir außerordentlich wichtig erscheint,

(Sehr richtig!)

und zwar auch deshalb, weil man seitens der Reichsregierung den Abgang des verdienten Staatssekretärs Wermuth zu verschleiern sucht. Ich freue mich, hier nochmals feststellen zu können, daß die sächsische Regierung bei der Frage der Deckungsmittel im Reiche auf dem Standpunkte steht: keine Ausgaben im Reiche ohne eine genügende Deckung. Ich betrachte